
VORWORT

Die Segmentierte Verbandsperson (Protected Cell Company; PCC) wurde 2015 als gesellschaftsrechtliche Gestaltungsvariante für liechtensteinische Verbandspersonen in den nationalen Rechtsbestand des Fürstentums Liechtenstein eingeführt. Geregelt in den Art. 243 ff. Personen- und Gesellschaftsrecht (PGR), handelt es sich hierbei nicht um eine neue juristische Person, sondern um eine besondere Organisationsform, die grundsätzlich allen liechtensteinischen Verbandspersonen offensteht. Es handelt sich um ein Gebilde, das einerseits in einen Kern und andererseits in beliebig viele, haftungsrechtlich selbständige Zellen, deren Vermögen voneinander getrennt bleiben, aufgeteilt ist. Die den Zellen zugeordneten Vermögenswerte verfügen jedoch über keine eigene Rechtspersönlichkeit. Gläubiger einer Zelle können ihre Ansprüche niemals gegenüber anderen Zellen der PCC geltend machen. Die Organisation einer liechtensteinischen Verbandsperson in Form einer PCC eröffnet daher unter anderem die Möglichkeit, konzernähnliche Strukturen zu schaffen, ohne dabei (viele) verschiedene Tochtergesellschaften gründen zu müssen. Neben der Trennung der Haftungssphären durch die Bildung von Zellen ermöglicht die Organisationsform der PCC z.B. auch, dass jede einzelne Zelle separat aufgelöst werden kann oder Gegenstand eines individuellen Konkursverfahrens ist.

Diese Arbeit ist eine überarbeitete und erweiterte Fassung meiner im Juni 2022 an der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck bei a.o. Univ.-Prof. Dr. iur. Mag. phil. Wilfried Thöni am Institut für Unternehmens- und Steuerrecht approbierten Masterarbeit. Die Arbeit befasst sich mit der systematisch-kritischen Darstellung der PCC bzw. Segmentierten Verbandsperson nach liechtensteinischem Recht. Aufgrund des Fakultums, dass die PCC in der liechtensteinischen Literatur und Rechtsprechung bis dato nach wie vor eine Randerscheinung geblieben ist, werden die Art. 243 ff. PGR im Zuge dieser Arbeit dogmatisch-methodologisch durchleuchtet, dargestellt und kritisch gewürdigt. Dabei zeigt sich, dass die liechtensteinische PCC in ihrer momentanen rechtlichen Ausgestaltung m.E. ihrem eigentlichen Potenzial nicht gerecht wird. Nicht nur führt das derzeit normierte Haftungsregime der PCC zu deren generellen Instabilität, sondern sind die zulässigen Verwendungszwecke für eine PCC de lege lata auch zu eng gefasst. So ist es etwa operativ tätigen Unternehmen derzeit verwehrt, sich in Form einer PCC zu strukturieren.

Die liechtensteinische PCC könnte jedoch potenziell ein einfacher, kostengünstiger und effektiver Weg sein, um eine optimierte und flexibel anpassbare Risikodiversifizierung zu gewährleisten (z.B. im Falle mehrerer unabhängiger Geschäftsprojekte und/oder Joint Ventures). Deshalb schliesst diese Arbeit mit einem Anpassungsvorschlag de lege ferenda und will damit ausdrücklich dazu ermutigen, das volle Potenzial der liechtensteinischen PCC durch entsprechende legistische Korrekturen auszuschöpfen.

Dezidiert danken möchte ich an dieser Stelle meinem Kollegen und wissenschaftlichen Mentor Dr. iur. Bernhard Motal, LL.M., der mich damals noch während meines Studiums erstmalig auf die Existenz der Segmentierten Verbandsperson aufmerksam machte und daher massgeblich dazu beigetragen hat, dass das vorliegende Werk überhaupt entstehen konnte.

Vaduz, im Februar 2023

Julian Nigg, LL.M. (Wirtschaftsrecht)